

Sexarbeits-Kongress 2014

25.09.2014, Tag 2, Fortbildungs- und Ergebnistag

Veranstaltungsort: Institut für Europäische Ethnologie, Mohrenstraße 40/41, 10117 Berlin

Protokoll

zu Seminar/Vortrag Block 6: Polizei und Prostitution

Raum 312, 3. OG

Start Block 6, Termin 1: Polizei und Prostitution – Rechtsgrundlagen und die Praxis

12:00-13:15 Uhr

Referenten:

- 1) Jörn Blicke, Leiter der Rotlichtdienststelle LKA Hamburg, Milieukriminalität
- 2) Tanja Regensburg, Vorstand des BesD und Sexdienstleiterin

Moderation:

Simone Wiegratz, Leiterin der Beratungsstelle Hydra

Begrüßung durch die Moderatorin, Vorstellung der Referenten, Themenvorstellung, Ablauf des Blockseminars.

Referent 1, Jörn Blicke:

- berichtet über die Situation und seine Arbeit in Hamburg
- Die Dienststelle in Hamburg hat zur Besonderheit, neben der Ermittlungs- auch Präventionsarbeit
- Es gibt Gespräche mit Frauen, Zuhältern und Puffbetreibern
- Es besteht ein guter Draht ins Milieu
- Es gibt keine Zahlen/ Daten zum Menschenhandel

- Glaubt nicht, dass alle Frauen freiwillig in der Prostitution arbeiten
- Die Dienststelle Hamburg ist 1983 gegründet
- Arbeitet schon lange dort, die Szene hat sich sehr gewandelt, viele Thailänderinnen. In den 90er Jahren viele Afrikanerinnen, Mitte der 90er Jahre Frauen aus dem Ostblock
- Durch die Ostblockerweiterung strömten auch bulgarische und tschechische Frauen nach Hamburg
- In den 80er Jahren war es klar geregelt, wer das Sagen im Milieu hat. Durch die Ostblockfrauen kamen auch andere, brutalere Männer nach Hamburg
- Frauen mußten ihr eigenes Grab ausheben, konnten danach entscheiden, ob sie sterben oder weiter anschaffen wollen
- Seit 1998 gibt es ein Programm der Polizei für Zeuginnen und potentielle Zeuginnen von Menschenhandel
- Seit 2005: Sinken der Gewalt, aber Zunahme von Armutsprostitution
- Problematik der Armutsprostitution: Die Frauen fühlen sich nicht ausgebeutet, da hier der Lohn besser ist als in deren Heimatland
- Im Laufe der Jahre blieb die Frauen-Anzahl der Anschaffenden in etwa gleich
- In den 90er Jahren waren 900 Wohnung angemietet, heute sind es ca 250. Durch das Internet gibt es mehr Heimbefuche
- Das StGB änderte den Menschenhandel-Paragrafen, die Formulierung ist so, dass das Gesetz leicht unterwandert werden kann
- Hinweis auf die U21 Regel
- Täter lassen sich von Frauen bestätigen, dass sie bereits vorher wo anders gearbeitet haben, somit sind die Täter aus dem Schneider
- Statistik hierzu der Bundespolizei: etwa 500 Fälle von Menschenhandel pro Jahr
- Das ist ein Ergebnis des miserablen Menschenhandels-Paragrafen, die Statistik ist nicht wirklich aussagekräftig
- Hamburg hat Sperrgebiete
- Die Frauen dürfen von 20.00 bis 6.00 Uhr auf der Straße stehen in St.Pauli
- Zum Stadtteil St. Georg: Die Gentrifizierung führt zu Problemen
- Seit 2012 gibt es in St.Georg das Kontaktaufnahmeverbot
- Die dortige Sperrgebietsverordnung und Kontaktverbotsaufnahme hat nichts gebracht
- In Hamburg ist das Betretungsrecht von Objekten, in denen Prostitution betrieben wird, polizeirechtlich geregelt
- In Hamburg redet die Polizei mit den Menschen

- Es gibt im Ergebnis fast keine Probleme, die Polizei stellt sich vor, erklärt was sie machen will, es wird geredet
- Im St. Pauli-Bereich reden die Frauen kaum mit der Polizei, sie grüßen und gucken weg nach oben ins Fenster zu ihren Überwachern
- Die Polizei führt keine Gespräche mehr in St. Pauli auf offener Straße
- Zum Prostitutionsgesetz: Es gibt diverse Statements hierzu
- Es hat null Auswirkungen, man hat davon in Hamburg nichts bemerkt
- Für die polizeiliche Praxis hatte es eine Auswirkung wegen Betreten von Objekten, in denen Prostitution betrieben wird
- Ich will, dass Bordellbetreiber keine Frauen unter 21 Jahren beschäftigen
- Ich will nicht, dass diese Frauen kriminalisiert werden
- Fazit: Frauen sollen nicht bestraft werden, wenn sie unter 21 im Bordell arbeiten, sondern der Bordellbetreiber soll bestraft werden, wenn er sie beschäftigt

Fragen aus dem Publikum

[Bemerkung der Protokollantin: Für Wortmeldungen unterschiedlicher Personen habe ich jeweils N.N. für **Nomen nominandum** eingesetzt, da die Fragenden sich nicht vorgestellt haben]

N.N., weiblich:

Wie stellt man die Räumlichkeiten fest, in denen ein Bordell betrieben wird?

Jörn Blicke:

Prostitution ist immer davon abhängig, dass man auf sich aufmerksam macht. Wir schauen nach Werbung, auch im Internet an, schauen wo man zum Beispiel zuerst eine Kontaktaufnahme erfolgen kann, weil keine Adresse genannt wird

N.N., weiblich:

Wie ist Ihre Meinung zur Abschaffung des Paragraphen wegen Förderung der Prostitution?

Jörn Blicke:

Das war gut

N.N., weiblich:

Warum ist das LKA in HH für das Milieu zuständig?

Jörn Blicke:

Hamburg ist ein Stadtstaat, das LKA ist deshalb für Prostitution zuständig

N.N., weiblich:

Schildert die negative Kontaktaufnahme der Polizei in München zu Prostituierten.

Jörn Blicke:

Unsere Aufgabe ist es, Straftaten zu bearbeiten, die zum Nachteil der Frauen gehen. Wir sind die Polizei und haben die Macht, bestimmte Maßnahmen durchzusetzen brauchen diese aber nicht auszuüben, sondern man kann einfach miteinander reden.

N.N., männlich:

Ist es möglich dass das Prostitutionsgesetz in ein Gewerberecht gewandelt wird?

Jörn Blicke:

Auf absehbare Zeit sicherlich nicht. Aber auch eine Regelung im Gewerberecht wird mit Auflagen einher gehen.

N.N., weiblich:

Was genau bedeutet regelmäßige Kontaktaufnahme der Polizei in Hamburg?

Jörn Blicke:

Das ist eine Auslegungsfrage. Kontakt wird dort häufiger aufgenommen, wo wir Straftaten vermuten, dort seltener, wo diese Befürchtung nicht besteht.

N.N., weiblich:

Wie wünschen Sie sich eine weitere gesetzliche Grundlage?

Jörn Blicke:

Der Tatbestand im StGB greift einfach nicht. Die U21-Regelungen ist so lax geregelt, dass sie jeder aushebeln kann. Diese gilt es richtig auszuformulieren.

Referentin 2, Tanja Regensburg

- Stellt sich vor
- Hat persönlich nichts gegen Kontrollen und Polizisten
- Hat etwas gegen das Einsetzen des Staates
- Verliest einen Zeitungsbericht zu einer erfolgten Polizeikontrollen und Bordellrazzia vor
- Verliest die Außenwahrnehmung eines Reporters, der hierzu einen Artikel geschrieben hat
- Fazit: Frauen werden per se zunächst als Täterinnen gesehen. Kontrolle ist ein Klima der Angst, Stichwort Ausländeramt
- Schildert das Szenario einer Razzia und den Umgang der Polizisten mit den Frauen
- Verliest das Ergebnis der Razzia
- Ist persönlich sprachlos ob solcher Kontrollen
- Schildert eigene erlebte Kontrolle
- Es gibt auch freundliche Polizisten wie Jörn Blicke
- Die meisten Kolleginnen haben Angst mit der Polizei zu sprechen, da in der Aufregung einer Razzia/Kontrolle etwas ausgeplaudert werden könnte, das später durch die Polizei verfolgt werden wird
- Schildert negativ verlaufene Kontrolle: Fünf Polizisten stürmen unangemeldet eine Wohnung, ein Polizist hat eine Hand an der Waffe und spricht mit mir, ich war allein in der Wohnung. Danach war ich zwei Tage fertig, psychisch als auch physisch, konnte in dieser Zeit nicht arbeiten
- Schildert Razzia durch zwei Polizisten in Pforzheim, die Scheinfreier waren und einen Schein-Termin vereinbarten
- Sie nahmen alle meine Personalien auf, ein Diktafon lief
- Die Polizei stahl mir Arbeitszeit, hatten sie normal mit mir gesprochen, hätte ich Angaben gemacht
- Für den Ausfall bekam ich kein Geld

- Verliest Erlebnis-Schilderungen von Kolleginnen mit der Polizei aus verschiedenen Bundesländern in Bordellen, Wohnungen, Tantra-Studios
- Verliest Razzia-Schilderung eines verheirateten Kunden in einem Pauschal-Club, dessen Personalien aufgenommen wurden
- Kontrollen sind wichtig, aber die Art und Weise wie sie zum Teil von Polizisten durchgeführt werden.. alle Frauen, meist mit Migrationshintergrund, haben negative Erfahrungen mit der Polizei in ihren Heimatländern gemacht
- Die negativen Erfahrungen verhindern, dass die Frauen Vertrauen zu den Polizisten fassen
- Die Polizei muss Recht und Ordnung schaffen, aber auch Vertrauen
- Wir brauchen vertrauensfördernde Maßnahmen
- Es gibt die Möglichkeit, Vertrauen aufzubauen
- München hat zu 97% Sperrbezirk
- Die fallenden Zahlen von Menschenhandelsopfer haben verschiedene Auslegungsmöglichkeiten
- In München werden Frauen zwangsregistriert
- Es gibt hierzu eine Broschüre, in der auf die freiwillige Anmeldung hingewiesen wird
- Schildert die Erlebnisse hierzu (Telefonat mit der Münchner Polizei)
- Frauen müssen sich freiwillig melden, um in München arbeiten zu können. Die Bordellbesitzer stellen nur „freiwillig“ registrierte Frauen ein, die anderen werden weggeschickt
- Verliest die Schilderungen einer Kollegin über eine Razzia in München
- Verliest die Schilderungen einer Kollegin über eine Razzia in Hamburg
- In Tantra-Studios tritt die Polizei meist zurückhaltender auf, meist gibt es nur eine Kontrolle der Steuer-Nummer und ob ein Gewerbe angemeldet ist
- Zum Polizei-Gesetz, wann die Polizei eine Wohnung/ Bordell betreten darf
- Glaubt nicht, dass die Polizei ein einzelnes Menschenhandelsopfer durch dieses repressive Auftreten erreichen wird

Fragen aus dem Publikum

N.N., männlich:

Zu Groß-Razzien: Es fällt auf, dass nie Groß-Razzien in den Ferien, am Wochenende und Freitags stattfinden

Tanja Regensburg:

Es gibt nach Polizei-Dienstplan abgestimmte Groß-Razzien, dann ohne Verdachtsmomente
Über die Statistiken von Groß-Razzien.

N.N., weiblich:

*Arbeitet in einer Beratungsstelle in München. Schildert die Problematik des Umgangs mit der
erkennungsdienstlichen Behandlung durch die Polizei. Den Frauen werden darüber nicht
informiert, sondern es wird ihnen als Schutz der Person „verkauft“.*

Tanja Regensburg:

Erklärt, wo welche erkennungsdienstlichen Daten gespeichert werden.

Schildert eigenes Erlebnis bei einer Verkehrspolizeikontrolle in Regensburg, die nach der
Speicherung ihrer Daten erfolgte.

N.N, weiblich:

*Lobt den heutigen gemeinsamen Austausch zwischen Polizei und Sexarbeiterinnen. Die
Polizei in den verschiedenen Bundesländern operiert anders. Es gab eine Philosophie-
Änderung bei der Polizei: Prävention statt Repression.*

Ende Block 6, Termin 1

Start Block 6, Termin 2: Polizei und Prostitution – Rechtsgrundlagen und die Praxis

14:15 – 15:30 Uhr

Referenten:

- 1) Jörn Blicke, Leiter der Rotlichtdienststelle LKA Hamburg, Milieukriminalität
- 2) Tanja Regensburg, Vorstand des BesD und Sexdienstleiterin

Moderation:

Simone Wiegratz, Leiterin der Beratungsstelle Hydra

Referent 1, Jörn Blicke:

- Stellt sich vor: Leiter der Dienststelle des LKA Hamburg
- Seit den 80er Jahren mit Unterbrechung im Milieu tätig
- Es gibt zwei Aufgaben der Dienststelle: 1. Strafverfolgung (Menschenhandel ect), 2. Prävention: Vorstellen, beraten, Hinweise auf Hilfsmöglichkeiten geben, wenn gewünscht
- Das Milieu hat sich sehr geändert, früher gab es sehr viele Deutsche. Mitte der 90er ein Zustrom von Ostblockfrauen, damit kamen auch Täter, die aus der gleichen Region stammen
- Diese Zeiten wurden zu einer Welle der Gewalt gegen Frauen
- Anfang der 2000er-Jahre gab es einen Wandel
- Ab 2005 kamen Frauen aus Tschechien, Bulgarien, Rumänien
- Die bulgarischen Frauen machen die stärkste Gruppe aus, noch vor den deutschen Frauen
- Grund hierfür: Armutprostitution. Die Frauen haben in ihrem Heimatland keine Perspektive, schlechte Chancen. Die Entscheidung zur Prostitution erfolgt durch den Ehemann, die Familie oder das örtliche Umfeld
- Was ist Sperrgebiet in Hamburg? – St. Georg. Das Sperrgebiet besteht rund um die Uhr, es gibt dort null Akzeptanz für die Prostituierten
- Ausnahme: St. Pauli mit einer zeitlichen Ausnahme (20.00 Uhr bis 06.00 Uhr) im Sperrgebiet
- Thema Kontaktverbotsverordnung: Erläuterung dessen. Bei Verstoß gibt es ein Bußgeld gegen die Frauen, bei jedem Verstoß verdoppelt sich dieses, also von 100€ auf 200€..
- Unterstützt diese repressive Maßnahme gegen die Frauen nicht, da sie keine tiefgreifende-zielführende Maßnahme ist. Die Gentrifizierung von St. Georg ist hierfür mitverantwortlich, den Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution hilft diese Verfolgung nicht
- Zur Gesetzesformulierung: Der Tatbestand Menschenhandel hilft nicht wirklich
- Zum Schutz von Personen unter 21 Jahren: Ich möchte Bordelle verbieten, die Frauen unter 21 Jahren beschäftigen, nicht die Frauen bestrafen
- Schildert, wie Bordellbetreiber immer wieder neue Frauen finden: Die Frauen gehen zu den bordellbetreibenden Typen, nicht zur Prostitution
- Zur Diskussion zum neuen Prostitutionsgesetz: 2002 in Kraft getreten, das Gesetz war als Statement nicht schlecht, das Rotlichtmilieu wurde aus der Schmutzdecke geholt.
- Das Gesetz besteht aus Teil 1 und Teil 2
- Da steht darin, dass der Bordellbetreiber ein eingeschränktes Weisungsrecht hat, wodurch die Bordellbetreiber schlossen, dass sie überhaupt ein Weisungsrecht haben

- Ist gespannt, was das neue Prostitutionsgesetz bringen wird
- Hält nichts von einer Untersuchungspflicht, das Robert-Koch-Institut hat festgestellt, dass es keine signifikante Erhöhung von Geschlechtskrankheiten unter Prostituierten gibt
- Zur Kondompflicht: Eine Überprüfung ist fraglich
- Ich bin Hamburger Kriminalbeamter und spreche nicht für die Münchener Polizei
- Zum Betretungsrecht von Räumlichkeiten: Wir machen aufsuchende Arbeit, wollen mit allen Menschen im Rotlichtmilieu in Kontakt treten
- Betretungsrecht in Hamburg: Wir haben keines, dürfen nur bestimmte öffentliche Räume zur Kontaktabahnung betreten
- Wohnungen dürfen wir nicht betreten
- Wir möchten Wohnungen betreten dürfen um miteinander reden zu können
- Das gegenwärtige Betretungsrecht ist für uns eigentlich kein Recht

Fragen aus dem Publikum

N.N., weiblich, Dortmund:

*Zur Änderung der Höchstaltersgrenze (Frauen über 21 Jahre): Gerade in diesem Alter sollten Frauen besonders geschützt sein, sieht die Aufhebung problematisch. Warum sollen Frauen ab 18 Jahren nicht als Prostituierte arbeiten dürfen?
(hier erfolgte Hinweis auf Gefährdung auf dem Straßenstrich)*

Jörn Blicke:

Gerade der Straßenstrich in Hamburg ist durch die Polizei sehr gut betreut. Es geht nicht darum, Frauen unter 21 die Prostitution zu verbieten. Es geht darum, den Bordellbetreibern diese besonders lukrative Altersgruppe nicht auch noch besonders leicht zugänglich zu machen.

N.N., weiblich, München:

Schildert die Problematik des Münchener Sperrbezirkes, Stichwort Hausbesuche

Jörn Blicke:

In Hamburg gelten die Sperrgebiete nur für die Straßenprostitution, würden bei

Hausbesuchen also nicht greifen. St. Georg als Stadtteil unterliegt der Gentrifizierung, also immer teurer wird. Irgendwann wird sich aus diesem Grunde heraus das 'Problem' Prostitution dort erledigen haben, auch wenn dies sicherlich noch eine Reihe von Jahren dauern wird.

N.N., weiblich:

Gibt es Zahlen ob aus den Kontrollen auch Menschenhandelsverfahren entstehen?

Jörn Blicke:

Diese Fragen kann nicht beantwortet werden. Prävention gehört zu unserer täglichen Arbeit. Die Frauen offenbaren sich manchmal. Häufiger melden sich die Freier und geben Hinweise, wenn sie bei den Frauen Probleme vermuten.

N.N., männlich:

Wieviele Fälle von Prostitution gibt es ca in Hamburg und bei wie vielen davon handelt es sich um Zwangsprostitution?

Jörn Blicke:

Die Frauen werden nicht mehr gezählt, sondern die Arbeitsplätze. In Hamburg gibt es ca 2500 Arbeitsplätze. Die Anzahl der Fälle von Menschenhandel liegt – stark schwankend - zwischen 25 und 65 jährlich, die Dunkelziffer liegt wesentlich höher.

N.N., weiblich:

Wie ist es bei Männern und Transsexuellen bzgl Prostitution/ Menschenhandel?

Jörn Blicke:

Der Menschenhandel bei Schwulen in der Prostitution – das Phänomen ist dort anders. Unter Vorbehalt: Die Ausbeutung ist auch eine andere. Es gibt eine große Szene, aber kaum Aussagen von Männern. In der Trans-Szene gibt es kaum Aussageverhalten, höchstens bei Gewalt. Es ist eine weltweite Szene. Selbst im Gespräch gibt es keine Aussage, mit Frauen ist das anders.

Die Hamburger Polizei ist präventiv in der Männerszene aktiv.

Referentin 2, Tanja Regensburg

- stellt sich vor: Vorstand des BesD und Sexdienstleiterin
- schildert ihre verschiedenen Arbeitsstätten, u.a. Pussy-Club, Wohnungen
- Straßenstrich hab ich noch nicht ausprobiert, dafür fehlt mir der Mut
- Ist von den Kontrollen traumatisiert
- Verliest einen Zeitungsbericht zu einer erfolgten Polizeikontrollen und Bordellrazzia vor
- Schildert aggressives Auftreten der Polizei bei einer Razzia, ein Szenario der Angst, dass ein aufkommendes Vertrauensverhältnis verhindert
- Verliest hierzu die Außenwahrnehmung eines Reporters, der hierzu einen Artikel geschrieben hat
- Eigene Wahrnehmung: Es kommt darauf an, wer und vor allem wo kontrolliert wird
- Verliest den Bericht einer Kollegin über eine Kontrolle in NRW
- Verliest den Bericht eines Kunden über eine Kontrolle in NRW
- Hört diese Schilderungen der Kolleginnen über Willkür, Schutzlosigkeit und verbaler Ausgeliefertheit oft
- Solche Kontrollen traumatisieren
- Schildert die Kontrolle durch die Kriminalpolizei in ihrer eigenen Wohnung, es war ein positives Erlebnis
- Schildert das Erlebnis einer negativen Kontrolle. Diese Gefühle kommen immer wieder hoch, auch heute noch. Gefühle von Ohnmacht und Angst
- Verliest den Bericht einer Kollegin aus München
- Über die „freiwillige“ Möglichkeit, sich in München registrieren zu lassen
- Über die Erlebnisse unterschiedlicher Vorgehensweisen der Polizei in den verschiedenen Bundesländern
- Schildert Erlebnis mit zwei Polizeibeamten, die einen Fake-Termin vereinbarten
- Wünscht sich von der Polizei, dass es mehr solche Polizisten wie Jörn Blicke gibt, die die Frauen informieren
- Lässt sich heute nicht mehr von der Polizei einschüchtern
- Problematik: Keine Frau wendet sich im Notfall an die Polizei, wenn sie zuvor Opfer repressiver Polizeigewalt wurde. Gerade Kolleginnen mit Migrationshintergrund haben negative Erfahrungen mit der Polizei in ihren Heimatländern gemacht
- Wünscht sich eine Möglichkeit, dass Frauen mit der Polizei auf Augenhöhe begegnen

Fragen/ Statements aus dem Publikum

N.N., weiblich:

Über die Polizisten in Hamburg- St. Georg, die Angst und Schrecken verbreiten. Schildert, dass auch in Hamburg aus der Warte der Beratungsstelle nichts anderes als in München geschieht. Hätte gerne mehr Polizisten wie Herrn Blicke.

N.N., weiblich:

War bei einer Fortbildung für Polizisten zum Thema Prostitution. Es wurde wenig ausgebildet.

Tanja Regensburg:

Die Polizei hat oft ein sehr beengtes Sichtfeld auf die Prostitution als dass sie kriminell ist und die Frauen geschunden sind. Junge Frauen brauchen den geschützten Raum von Kolleginnen und diese Beratung.

Wünscht sich, dass Sexarbeiterinnen zu Fortbildungen von Polizisten geladen werden sollten, um deren Fokus zu ändern.

N.N., männlich an Jörn Blicke:

Wie gehen Sie mit negativen Berichten über Kollegen um?

Jörn Blicke:

Solche Berichte haben zur Folge, dass ich den Kollegen rausschnmeiße, da bin ich schmerzfrei. Übergriffe gegen Prostituierte darf es nicht geben, schon gar nicht im Rahmen von Kontrollen, die bei uns der Prävention und damit der Vertrauensbildung dienen.

Kollegen, die bei uns arbeiten wollen, kennen uns und unsere Tätigkeit üblicherweise aus Hospitationen. Wir können daher relativ schnell und gut einschätzen, ob jemand im Sinne unserer Philosophie im Milieu arbeiten kann.

Auch in Hamburg müssen Kollegen nach einer Reihe von Jahren die Dienststelle verlassen, weil man befürchtet, Beamte könnten korrumpiert werden. Ich halte diese Regelung nicht für sinnvoll.

Fortbildung gibt es von uns nicht in die gesamte Polizei. Wir stehen allerdings im Kontakt mit den Beamten, die im Milieu arbeiten.

Dabei sind bestimmte Kollegen nicht erreichbar, die einfach einen anderen Auftrag haben, wie z.B. diejenigen, die in St. Georg für die Kontaktverbotsverordnung zuständig sind

N.N. an Jörn Blicke:

Thema Kontaktaufnahme, Wohnungen recherchieren – wie gehen Sie mit Sprachbarrieren um?

Jörn Blicke:

Über Werbung, Internet und Zeitung recherchieren wir die Wohnungen. Wir haben kleine Kärtchen in verschiedenen Sprachen, die wir den Frauen geben. Zur Not stellen wir einen sofortigen Kontakt per Handy zu einem Dolmetscher her.

Zur Ansprache: Sie ist oft distanziert, grundsätzlich per Sie aber wegen dem sprachlichen Verständnis oft „Du“.

Ende Block 6, Termin 2

Start Block 6, Termin 3: Polizei und Sexarbeit – Sinnvolle Lösungsansätze

16:00 – 17:45 Uhr

Referenten:

- 1) Jörn Blicke, Leiter der Rotlichtdienststelle LKA Hamburg, Milieukriminalität
- 2) Tanja Regensburg, Vorstand des BesD und Sexdienstleiterin

Moderation:

Simone Wiegratz, Leiterin der Beratungsstelle Hydra

Frage der Veranstalter_Innen:

Wie könnte eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Politik, Sexarbeiter_Innen, Beratungsstellen und Kunden aussehen?

Diskussionsrunde

Tanja Regensburg:

Eine direkte Zusammenarbeit wird es nie geben, da die verschiedenen Arbeitsfelder zu verschieden sind. Eine Annäherung wäre möglich. Bei den Frauen könnte man ein Verständnis für die Polizeiarbeit wecken, sofern sie nicht mit martialischer Intensität ausgeübt wird.

N.N., weiblich:

Schließt sich dem an. Ein langfristiges Ziel ist, dass die Polizei nicht mehr die Behörde sein wird, die für die Sexarbeiterinnen zuständig ist.

N.N., weiblich:

St. Georg ist Gefahrengebiet, es können jederzeit Kontrollen durchgeführt werden.

N.N., männlich:

Stichwort Kontrollen/ Gesetzesdiskussion, zu den Verdachskontrollen: Diese Art der Überwachung entspricht einem Generalverdacht gegen die Berufsgruppe und ist abzulehnen.

Tanja Regensburg hierzu:

Wir müssen von beiden Seiten Kompromisse machen, wir sollten uns einen Weg überlegen, Frauen die Angst zu nehmen, damit sie in Gewaltsituationen zur Polizei gehen.

Jörn Blicke hierzu:

Wir wollen Frauen und Menschen erklären, dass wir ihnen helfen wollen. Wir sind noch immer diejenigen, die die Menschen erreichen. Es ist ein gutes Mittel, mit möglichen Opfern ins Gespräch zu kommen. Es gibt neben einer Reihe freiwilliger Frauen, die den Job gerne machen, eine Reihe Frauen, die ausgebeutet werden.

Ich lasse mich nicht in die Ecke stellen, meine Arbeit lasse ich nicht diskreditieren. Sie ist insbesondere nicht unbedingt mit anderen Bundesländern vergleichbar.

N.N., weiblich:

Zu einem Hydra-Plakat zum Verhalten bei einer Razzia, was in Zusammenarbeit mit den Beteiligten (Hydra, LKA, Zollamt) für das Klientel erstellt wurde.

N.N., weiblich:

Erarbeitete mit jungen männlichen Prostituierten, wie sie sich bei einer Razzia zu verhalten haben.

N.N., weiblich:

Arbeitet in einer Beratungsstelle (NGO) in Wien und hat viel mit der dortigen Polizei mit klarem Rollenverhältnis zu tun. Eine Beratungsstelle kann ein Wissen haben ohne Handlungspflicht. Die Polizei hingegen muß handeln, wenn eine Frau etwas erzählt.

N.N., weiblich:

Es funktioniert, wenn man sich in der Mitte trifft. Eine klare Rollentrennung muss sein. Ich bin kein Polizeibeamter. Seit beide Parteien dieses Verständnis und Respekt füreinander haben, läuft es. Schilderung von Polizeianrufen, wenn Verdachtsmomente bestehen.

Jörn Blicke:

Über die Zusammenarbeit der Hamburger mit einer NGO: Bei Hinweisen auf Straftaten hat die Polizei einen Strafverfolgungszwang, muss also Strafverfahren einleiten. Diese Pflicht haben Mitarbeiter von NGO nicht.

Dennoch kann ich mit dem Staatsanwalt sprechen, dass manche Dinge eingestellt werden., Es gibt Möglichkeiten, mit Hinweisen umzugehen.

Tanja Regensburg an Jörn Blicke:

Wie kommt man an die Polizei ran? Ich würde gerne selber eingebunden werden. Wie kann man die Polizei dazu zwingen, solche Gespräche zu führen?

N.N., weiblich, NGO Hagen:

Schildert telefonische Kontaktaufnahmen mit der Polizei Hagen, um ins Gespräch zu kommen.

N.N., weiblich:

Problematik der Abhängigkeit von einem Gegenüber, ob man weiterkommt, Beispiel Schlachthöfe/ Menschenhandel. Die Kontrolle in Schlachthöfen wird auf die Prostitution übertragen. Die Polizei soll andere Aufgaben übernehmen, anstelle Prostitution zu kontrollieren. Möglichkeit: Runder Tisch.

Jörn Blicke:

Das Thema Menschenhandel fährt nach oben. Warum geht es? Um ganz viel Geld. Mein Fokus liegt auf den Frauen, die das Geld nicht für sich behalten dürfen, sondern an irgendwelche Männer im Hintergrund abgeben müssen.

Es wird zukünftig mehr Kontrollen durch die Finanzbehörden geben, z.B. durch die FKS (Finanzkontrolle Schwarzarbeit) Zurückzuführen ist das auf einen Bericht des Bundesrechnungshofes, der die bisherige Steuerpraxis in diesem Bereich moniert hat.

Frage Simone Wiegratz an Jörn Blicke:

Was ist Ausbeutung, wo fängt sie an? Warum ist der Bereich Menschenhandel so im Fokus?

Jörn Blicke:

Nach dem Strafgesetzbuch beginnt ausbeuterische Zuhälterei dort, wo den Frauen mehr als 50% ihrer Einkünfte weggenommen werden. Allerdings sind manche Süd-/Osteuropäerinnen durchaus zufrieden, wenn sie 5% behalten dürfen. Da stellt sich die Frage, ob man trotz dieser 'Zufriedenheit' von Ausbeutung sprechen darf.

Der Bereich Menschenhandel ist bereits auf Ebene der UN ein Schwerpunktbereich. Dies gilt auch auf Ebene der EU und weiter nach unten in die Mitgliedsländer der EU.

Simone Wiegratz:

Warum liegt der Fokus so stark auf den Frauen?

Jörn Blicke:

Frauen haben in diesem Bereich weltweit eine riesige Lobby aufgebaut. Deshalb ist der Bereich Menschenhandel (Frauenhandel) beispielsweise wesentlich stärker im Fokus als Menschen, deren Arbeitskraft ausgebeutet wird.

Im Hinblick auf die Ausbeutung haben wir einen sehr guten Überblick über die Frauen in Hamburg, wo sie arbeiten und für wen. Wir wissen zum Teil über Telefonüberwachung, wie sie in die Prostitution geraten sind.

Problematik des Straftatbestandes Menschenhandel: Wenn die Frauen selbst keine Aussage machen, gibt es keine Strafverfahren.

N.N., weiblich:

Auch Freier mussten schon Strafen im Sperrbezirk zahlen.

N.N., weiblich:

Frauen sagen oft nicht genügend aus.

Simone Wiegratz an Tanja Regensburg:

Wie kann man mit Polizisten ins Gespräch kommen, ohne von einer Person abhängig zu sein?

Tanja Regensburg:

Frauen haben Angst vor der Polizei. Es muss eine Regelung geben, an die sich alle Polizisten in der gesamten BRD halten müssen. Die Polizisten sollten prostitutionsneutral sein.

N.N, weiblich:

Es ist ein Weg, der mit vielen kleinen Schritten gegangen werden soll. Berichtet über eigene Erfahrungen als Sexarbeiterin in München, über schlimme Erfahrungen mit einem Freier.

Wir brauchen Einzelpersonen, die miteinander sprechen. Ich habe Angst vor der Polizei in München.

N.N., männlich an Jörn Blicke:

Wie sehr tragen Sie Ihre Position in Ihre Kreise rein?

Jörn Blicke:

Was die Milieufragen in Hamburg angeht, habe ich das Sagen. Das Kontaktaufnahmeverbot beruht auf politische Vorgaben. Wir hatten Fälle, in denen es um Frauen in St. Georg geht, denen ich keine Anzeige schreibe. Ich betreibe Lobbyarbeit und sage den Politikern, was ich nicht gut finde.

N.N., männlich:

Sicherheit & Einzelfall: Die Alternative zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Polizei ist die komplette Legalisierung der Sexarbeit.

N.N. weiblich, München:

Ist für eine Legalisierung der Prostitution. Die Polizei soll Straftaten aufklären. Hat Vorbehalte gegen eine Haltung bei der Polizei.

Jörn Blicke:

Glaubt nicht, dass alles an einer Person hängt. Wesentlich ist die Philosophie, die hinter dem Ganzen steht und auch so gelebt wird.

N.N., weiblich:

Wenn sich in Hamburg etwas im Sperrbezirk ändert, hat der darüber entscheidende Senat zuvor eine Expertise von der Polizei zu erfragen?

Jörn Blicke:

Mein Bereich wird bewertet, es wird gegeneinander abgewogen und dann entschieden. Die Politik guckt auf die verschiedenen Ergebnisse, meine Entscheidung ist nur eine davon.

N.N., weiblich:

Es geht auch darum, dass Sexarbeiter und Sozialarbeiter für Prostitution einsetzen, nicht die Polizei. Als Beratungsstelle sind Sie dazu angehalten, sich für Prostitution einzusetzen.

Arbeitskontrollen müssen nicht über die Polizei laufen, sollten anders angesiedelt werden.

Simone Wiegratz:

In keine andere Arbeitsstätte außer dem Zoll kommt die Polizei und kontrolliert. Ein gemeinsamer 1-jähriger Austausch mit den Beteiligten ist keine Zusammenarbeit. Es hat ganz viel mit der eigenen Position zu tun.

Tanja Regensburg:

Berichtet über eine im Voraus erteilte Gang-Bang-Untersagung durch die Polizei Sindelfingen

N.N., weiblich, München:

Wie kann man sich in solchen Fällen korrekt verhalten?

Jörn Blicke:

Beschwerden müssen ans Bürgeramt/ Ordnungsamt gerichtet werden. Die Entscheidung wird von Bundesland zu Bundesland verschieden entschieden werden

Tanja Regensburg:

Schildert Anfrage einer Grünen-Politikerin an die Polizei München und das Kreisverwaltungsrat München, ob es üblich sei, das Handy einer im Sperrbezirk aufgegriffenen Prostituierten zu beschlagnahmen und die Frau erkennungsdienstlich behandeln zu lassen.

Antwort Kreisverwaltungsrat München: Nur ein Bußgeld muss verhängt werden

Antwort Polizei München: Das Handy muss beschlagnahmt und die Frau muss erkennungsdienstlich behandelt werden

Problematik, alle Beteiligte an einen großen Tisch zu bekommen, möchte Handlungsspielräume für die Sexarbeiterinnen nutzen

N.N., männlich:

Die Interessen der Beratungsstellen und der Polizei gehen auseinander, Bsp. Sich illegal in BRD aufhaltende Sexarbeiterinnen

Simone Wiegatz an Jörn Blicke:

Gibt es eine bundesweite Möglichkeit?

Jörn Blicke:

Hoffnung besteht immer. Aber Polizei ist Ländersache, damit Hoheit der Länder und damit nicht immer gut.

Glaubt, dass es ein ganz langsamer Prozess ist, der gerade stoppt und an der bundesrechtlichen Regelung hängt

N.N., weiblich, Wien:

In Wien gibt es einen Arbeitskreis Prostitution auf Bundesebene. Daran sind keine Sexarbeiterinnen beteiligt, da es keine Sexarbeiterinnen-Vertretung gibt, nur Beratungsstellen und die Polizei sind vertreten.

Langsam passiert eine Bewusstseins- und Gesetzesänderung. Es ist wichtig, das ins Ministerium einzuhängen. Es geht dahin, über sexuelle Dienstleistungen zu reden, über

Sexarbeit wird noch nicht gesprochen. Gewisse Dinge ändern sich (Kippung Pauschalsteuer).

Tanja Regensburg:

Wie würde man es hinbekommen, bundesweit von Lobbyisten (Beratungsstellen, Polizei ect) so etwas auf den Weg zu bekommen?

Sammlung Vorschläge:

Bundesweiter Dialog zwischen allen Beteiligten (Polizei, Innenministerium, Verbündete, politische Beteiligte...)

- Gespräche bei GdP, verdi, Dt. Frauenrat vom Berufsverband
- Gute Praxis, z.B. regionale Kontakte, Beratungsstellen-Polizei
- Zugangsrechte: Diskrepanz von Polizeirecht und polizeilicher Praxis diskutieren
- Fortbildung
- Prävention: Philosophie der Institutionen
- Willkür: Rechtsweg beschreiben
- Lobbyarbeit
- Kongresse fortsetzen

Ende